

Editorial

Wechselspiele:

Wie weiter nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der SPD?



Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der SPD müssen im Essener Stadtrat nun entlang von Sachfragen jeweils eigene Mehrheiten organisiert werden. Das ist gegenüber einem festen Bündnis zwar nur die zweitbeste Lösung. Andererseits sind wir programmatisch und personell so gut aufgestellt, dass wir wechselnde Mehrheiten nicht fürchten müssen. Die Gespräche mit der SPD sind gescheitert, weil die SPD nicht die Basis für ein festes Bündnis schaffen konnte und wollte. Sie stellte unhaltbare finanzielle Forderungen nicht nur in Bezug auf das Schwimmbad Hesse. Aber auch die personellen und inhaltlichen Vorstellungen der SPD im Hinblick auf die Dezernate waren für uns nicht tragbar. Mit der einstimmigen Wahl von Andreas Bomheuer zum Kulturdezernenten haben wir nun einen ersten Erfolg zu verbuchen. Mit der Wahl dieses parteilosen, anerkannten Fachmanns und Kenner der Essener Kulturszene haben wir die Stadt vor der Peinlichkeit bewahrt, ohne Kulturdezernenten ins Kulturhauptstadtjahr zu gehen. Gegen die Zuschreibung der Medien, dass es sich bei Andreas Bomheuer um einen „GRÜNEN“ Kandidaten handelt, haben wir auch nichts, decken sich doch seine kulturpolitischen Vorstellungen weitgehend mit unseren. Trotzdem haben die Gespräche mit der SPD gezeigt, dass es auch einen großen Fundus an gemeinsamen Forderungen gibt, auf den wir in den kommenden Jahren zurückgreifen können. Deshalb wird es neben bunten Mehrheiten hoffentlich bald auch rot-grüne Anträge für den Stadtrat geben. Sicherlich werden wir bei den Wechselspielen auch mal den Kürzeren ziehen. Doch wir werden hart für die Durchsetzung möglichst vieler Programmpunkte aus unserem Kommunalwahlprogramm kämpfen und dazu Gespräche mit allen Parteien – außer natürlich Republikanern und NPD – führen.

Eine schöne Weihnachtszeit und ein erfreuliches neues Jahr wünscht im Namen des gesamten Kreisvorstandes

Helmar Pless



Mehrdad Mostofizadeh bei LDK erfolgreich

Der GRÜNE Landesparteitag wählte am 28.11.2009 den Haushalts- und Finanzexperten Mehrdad Mostofizadeh auf den Listenplatz 12. Damit hat der Fraktions-sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion beste

Aussichten, im Mai 2010 ein Landtagsmandat zu bekommen. Durch einen engagierten Wahlkampf können wir alle mithelfen, dass nicht nur Mehrdad, sondern viele weitere Abgeordnete die Landtagsfraktion der GRÜNEN stärken können.

Scheitern der Gespräche mit der SPD in Essen

SPD wie GRÜNE haben am Ende ihrer Verhandlungsrunden am 9.11.2009 festgestellt, dass die begonnenen Verhandlungen über eine umfassende Vereinbarung zur Zusammenarbeit in den Jahren 2009 bis 2014 beendet sind. Bei den GRÜNEN hatte sich mit den fortlaufenden Gesprächen der Eindruck verfestigt, dass die gemeinsame Substanz für eine fünfjährige verlässliche Zusammenarbeit im Stadtrat nicht ausreicht.

Liebe Freundinnen und Freunde,

auf der Mitgliederversammlung am 4.11. hatten wir gemeinsam einen intensiven Austausch zu den bisherigen Verhandlungen mit der SPD, bei dem viele von euch sich bereits skeptisch zu den Erfolgsaussichten dieser Gespräche geäußert haben. Als Ergebnis habt ihr uns einstimmig beauftragt, die noch offenen Punkte hart zu verhandeln und nur dann einen konkreten Vertragstext zur Abstimmung vorzulegen, wenn ersichtlich ist, dass die Verhandlungen insgesamt vorankommen und die Vereinbarungen auch einer realistischen Umsetzung standhalten.

Wir haben daraufhin am 5. und 9.11. die Verhandlungen fortgesetzt und auch bei einigen der offenen Punkte weitere Annäherung erreicht. Ungeklärt waren jedoch bis zum Schluss u.a. die Frage der zukünftigen Entwicklung der Sportstätten und Bäder, des beitragsfreien Kindergartenjahres, des Gestaltungsbeirates sowie des Zuschnitts und des Verfahrens zur Besetzung der unbesetzten bzw. freiwerdenden Dezernate.

Insgesamt verfestigte sich bei uns als Verhandlungsgruppe in diesen letzten Gesprächen der Eindruck, dass bis zum Schluss nicht bei allen unseren Gesprächspartnern die notwendige Bereitschaft bestand, sich das gemeinsam Vereinbarte auch so weit zu eigen zu machen, dass die erforderliche realistische Umsetzungsperspektive zu erkennen war.

Beide Seiten haben daher am Ende der Gespräche am Montagabend festgestellt, dass die im September begonnenen Verhandlungen über eine umfassende Vereinbarung zur Zusammenarbeit in den Jahren 2009 bis 2014 beendet sind.

Gemäß eurem Auftrag vom 4.11. werden wir nun in Sondierungsgesprächen mit den anderen Fraktionen im Rat ausloten, für welche unserer Grünen Projekte und Ziele es Mehrheiten geben könnte.

Über die weiteren Perspektiven für unsere Grüne Ratsarbeit und Grüne Politik würden wir gerne mit Euch auf der bereits verabredeten Mitgliederversammlung am 18.11.2009 diskutieren.

Wir freuen uns auf einen regen Austausch

Für die Kernverhandlungsgruppe
Hiltrud Schmutzler-Jäger Thorsten Drewes

GRÜNE unterstützen einstimmig die Wahl von Andreas Bomheuer zum Kulturdezernenten

Die Mitgliederversammlung der GRÜNEN hat sich am 18.11.2009 einstimmig für die Wahl des Mitbegründers der Zeche Carl, **Andreas Bomheuer**, zum neuen Kulturdezernenten der Stadt Essen ausgesprochen.

Fraktionsvorsitzende Hiltrud Schmutzler-Jäger zeigte sich über das deutliche Votum sehr erfreut: „Andreas Bomheuer bietet die Gewähr dafür, dass Essen mit einem Dezernenten ins Kulturhauptstadtjahr starten kann, der von einer fraktionsübergreifenden, breiten Mehrheit unterstützt wird und den nicht ein Parteibuch, sondern allein seine unbestrittene fachliche Kompetenz für sein neues Amt qualifiziert.“ Dass Bomheuer sich seit vielen Jahren nicht nur auf dem kulturpolitischen Parkett sicher bewegt, sondern auch in der Stadt Essen bestens auskennt, ist nach Auffassung der Grünen ein zusätzliches Plus.

Mit völligem Unverständnis reagierte die grüne Fraktionsspitze dagegen auf Versuche der Sozialdemokraten, Grüne als vermeintlich machtlüsterne Pöstchenschacherer zu diskreditieren. „Mehr als einmal“, stellt die grüne Fraktionsvorsitzende klar, „haben wir der SPD angeboten, das vakante Dezernat Kultur (erweitert um den Integrationsbereich) – wie vor der Kommunalwahl vereinbart - in einer gemeinsamen Findungskommission mit allen Fraktionen zu besetzen. Dies wurde von der SPD jedoch kategorisch abgelehnt. Der Forderung der SPD, in den nächsten Jahren sämtliche frei werdenden Führungspositionen (2 Dezernenten und den Stadtdirektor) allein mit Kandidaten mit sozialdemokratischem Parteibuch zu besetzen, haben wir uns allerdings energisch widersetzt!“

Kritische Stimmen für Aufsichtsrat des Flughafens Essen/Mülheim

Mit der Entsendung von Waldemar Nowak, dem Sprecher des Netzwerkes Mülheimer Bürger gegen Fluglärm, sowie von Dr. Elisabeth van Heesch-Orgass, GRÜNER Ratsfrau und Rechtsanwältin aus Bredeney, werden künftig zwei ausgewiesene KritikerInnen im Aufsichtsrat des Flughafens Essen/Mülheim vertreten sein.

LINK SETZEN

Die Geschäftsanteile des Flughafens liegen zu jeweils einem Drittel bei der Stadt Mülheim an der Ruhr, der Stadt Essen und dem Land Nordrhein-Westfalen.

Waldemar Nowak wurde vom Mülheimer Rat auf Vorschlag der Fraktion „MBI – Mülheimer Bürgerinitiativen“ mit Unterstützung der GRÜNEN entsandt. Die Kritik, die an seiner Entsendung von Befürwortern des Flughafens laut wurde, konterten die GRÜNEN im Mülheimer Rat mit dem Hinweis, dass die vom Rat entsendeten Aufsichtsratsmitglieder den Interessen der Stadt mindestens so verpflichtet sein müssen, wie denen der Flugplatz-Gesellschaft. Und angesichts der desolaten Finanzsituation der Stadt, könne sich Mülheim auf Dauer die Vergeudung von Steuergeldern für ein Defizitunternehmen Flughafen nicht leisten kann.

Rot-GRÜN in 5 Bezirksvertretungen vereinbart

Im Fahrwasser der rot-grünen Gespräche auf Ratsebene gab es in vielen Stadtbezirken ebenfalls Verhandlungen mit der SPD. Im Gegensatz zur Stadtebene verliefen diese erfolgreich. Na bitte – geht doch!

So gibt es in den folgenden sechs der neun Stadtbezirke Vereinbarungen mit der SPD:

- im Stadtbezirk II (Rüttenscheid/Stadtwald)
- im Stadtbezirk III (Frohnhausen/Holsterhausen)
- im Stadtbezirk IV (Borbeck)
- im Stadtbezirk VI (Katernberg/Stoppenberg)

und im Stadtbezirk VII (Steele/Kray).

In zwei Stadtbezirken ist die PDS/Linke mit ins Bündnis einbezogen.

Ob im Bezirk I (Stadtmitte/Huttrop) Absprachen mit der SPD möglich sind, lässt sich derzeit nicht beurteilen. Dort ist die SPD intern zerstritten und deshalb nicht zu einem gewünschten gemeinsamen Abstimmungsverhalten fähig.

Ratsbeschluss zu Hesse vertagt Entscheidung lediglich

Zum Beschluss des Rates zum vorläufigen Weiterbetrieb des Freibads Dellwig erklärt Vorstandssprecher Dr. Thorsten Drewes, grüner Bezirksvertreter im Bezirk IV:

"Mit diesem Beschluss wird nun endgültig offensichtlich, dass die Wahlversprechen für Hesse leider nie solide hinterlegt waren. Denn die eigentliche Entscheidung ist damit nur bis zur Aufstellung des Haushalts verschoben. Positiv ist immerhin, dass der Untersuchungsauftrag an die Verwaltung ausdrücklich auch die von uns favorisierte Variante eines Neubaus im Raum Borbeck mit einschließt. Für die Menschen in Borbeck wäre zu wünschen, dass jetzt spätestens im Sportausschuss belastbare Finanzierungsvorschläge auf den Tisch kommen, die wir GRÜNE dann auch mittragen können. Dazu gehört dann aber auch eine Antwort auf die Frage, wo die entsprechenden Mittel eingespart werden sollen - und welche Bäder oder Sportanlagen dann in der Folge geschlossen werden."

GRÜNE LandtagskandidatInnen für Essen nominiert

Zur Landtagswahl im Mai 2010 werden sich in den 4 Essener Wahlkreisen GRÜNE DirektkandidatInnen einmischen. Die Mitgliederversammlung hat am 18.11.2009 die folgenden KandidatInnen gewählt:

Für den Landtagswahlkreis 65, der Altenessen, Borbeck und Mülheim-Winkhausen umfasst, wurde der bisherige Bezirksvertreter und sachkundige Bürger im Bauausschuss der Stadt, **Walter Wandtke**, gewählt. Walter Wandtke, 53 Jahre, ist Journalist und Vater zweier Kinder.

Samir Fetic, Mitglied im Vorstand der Essener GRÜNEN und Mitbegründer der Arbeitsgemeinschaft „Grüne Muslime“, tritt im Wahlkreis 66 als Direktkandidat an. Er wird sich deshalb schwerpunktmäßig um die Stadtteile Katernberg, Schonnebeck, Steele und Kray kümmern. Sein Hauptbetätigungsfeld ist die Integrations- und Sozialpolitik. Samir Fetic, 36 Jahre, arbeitet als Regierungsangestellter in Düsseldorf, stammt aus Bosnien und ist Vater dreier Kinder.

Im Wahlkreis 67 (Frohnhausen, Holsterhausen Stadtmitte), geht die Gesamtschullehrerin **Eva Bednarek** (55 Jahre) ins Rennen. Ihr Schwerpunkt ist die Schul- und Bildungspolitik. Bisher hatte sie sich vor allem auf GRÜNEN Landes- und Bundesdelegiertenkonferenzen für unsere politischen Ziele engagiert. Sie hatte sich dabei als einzige gegen einen weiteren Bewerber durchzusetzen.

Mehrdad Mostofizadeh (40 Jahre) wird die GRÜNEN als Direktkandidat des Essener Südwahlkreises 68 (Rüttenscheid, Ruhrhalbinsel, Werden und Kettwig) vertreten. Er ist schon seit vielen Jahren GRÜNER Ratsherr mit den Schwerpunkten Sport, Bäder und Finanzen und derzeit Fraktionssprecher. Er hat darüber hinaus von der Essener Mitgliederversammlung und vom GRÜNEN Bezirksverband Ruhr das Votum erhalten, ihn bei der Aufstellung der Landesliste Ende November auf einen aussichtsreichen Listen Platz zu wählen. Die Chancen für seine mögliche Wahl werden positiv bewertet. Mehrdad Mostofizadeh ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Landtagsfraktion der GRÜNEN beschäftigt und Vater dreier Kinder.☺

Frauenhäuser: Schutz vor Gewalt darf nicht von der Konjunktur abhängig sein

Zum Internationalen Aktionstag „Nein zu Gewalt an Frauen und Mädchen“ am 25. November erklärt Julia Kahle-Hausmann, Sprecherin des Kreisverbandes:

„Frauenhäuser sind als Zufluchtsorte für Frauen und Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, wichtige, mitunter sogar lebensrettende Einrichtungen. Ihre finanzielle Situation ist aber in vielen Ländern und Kommunen mehr als prekär. Die angekündigte Steuerentlastung der schwarz-gelben Koalition schlägt sofort mit deutlichen Mindereinnahmen auf Land und Kommune durch, was die Finanzierung der Frauenhilfestrukturen enorm bedroht. Wo schnelle Hilfe angesagt ist, erleben die Frauen bereits heute massive Zugangsbarrieren – das gilt vor allem für Migrantinnen.

Die Landesregierung hat das notwendige, qualifizierte Personal in diesem Bereich bereits gekürzt, obwohl der Bedarf leider auch in Essen gewachsen ist und die Mehrzahl der Hilfesuchenden Frauen nicht untergebracht werden konnten.

Statt konkreter Hilfen gibt es seitens des Landes warme Worte. Zwar ist die Einrichtung einer bundesweiten Notrufnummer zu begrüßen, doch ohne genügend Schutzräume und Ansprechpartnerinnen für die Betroffenen vor Ort bleibt das reine Symbolik.

Bündnis 90/Die Grünen fordern die Bereitstellung von Frauenhäusern und angemessene personelle Ausstattung endlich als staatliche Pflichtaufgabe festzuschreiben.

Die körperliche Unversehrtheit der Bürgerinnen und Bürger ist eine der obersten Aufgaben des Staates, dazu gehört auch der Schutz von Frauen und Kindern vor häuslicher Gewalt. Denn noch immer ist es traurige Realität, dass häusliche Gewalt eine der häufigsten Verletzungsgefahren für Frauen überhaupt darstellt.“

Wandbild am Malakowturm der Zeche Carl

Die GRÜNEN begrüßen das Angebot des renommierten Künstlers Oliver Jordan, die Rückseite des Malakow-Turmes mit einem großflächigen Wandgemälde zum Thema Rockmusik und Emscherregion zu schmücken, u.a. mit einem großformatigen Kopf von John Lennon.

Dazu erklärt der Denkmalschutzbeauftragte der GRÜNEN Ratsfraktion, Walter Wandtke: „Dieses Angebot darf nicht wegen rechtlicher Fragen zerredet werden. Tatsächlich ist das für das Bauensemble der Zeche Carl eine Chance, die derzeit hässliche Rückseite mit einem attraktiven Bild zu einem echten Hingucker zu machen. Zweitens ist es eine kluge Möglichkeit, das bisher z.T. kaum gestaltete wilde Sprayen zumindest an dieser Stelle für lange Zeit einzudämmen. Selbstverständlich sind die rechtlichen Seiten des Denkmalschutzes der Malakowfassade, so wie die Rechte an späteren Bildverwertungen usw. zwischen Stadt und Künstler verbindlich zu klären. Dies sollte zügig passieren, um Vorbereitung und Verwirklichung des Wandbildes zu ermöglichen.

Da auf beiden Seiten das Wohl der Zeche Carl, für die das Wandbild ein wunderschönes Geschenk wird, im Vordergrund steht, sollte die Stadt und auch die Bezirksvertretung das Projekt doch mit einer positiven Grundeinstellung begleiten.“

Der Künstler Oliver Jordan stammt aus Essen und war in den Gründungszeiten der Zeche Carl eng verbunden.

Onlinebeteiligung zur Lärmaktionsplanung in Essen bis zum 13. Dezember

Noch bis zum 13. Dezember 2009 haben alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich im Internet an der Lärmaktionsplanung der Stadt Essen zu beteiligen. In dieser zweiten Phase der Online-Beteiligung

- werden die bisher von der Stadt Essen vorgesehenen Maßnahmen des Lärmaktionsplans präsentiert,
- können diese und weitere Vorschläge aus der ersten Beteiligungsphase kommentiert und bewertet werden und
- können weitere Anregungen zur Lärmaktionsplanung gemacht werden.

Im Frühjahr 2010 soll der Lärmaktionsplan für Essen verabschiedet werden. Die Stadtverwaltung hat bereits erste Maßnahmenvorschläge zusammengestellt, die Bestandteil des Lärmaktionsplanes werden sollen. Im Ergebnis beinhaltet dieser Plan besonders solche Maßnahmen, mit denen in den nächsten Jahren der Lärm an den Lärmbrennpunkten (Hot-Spots) in Essen reduziert werden soll.

<http://gruenerkv-essen.de/publikationen/chr-s/chr-s2009.html#c16682> Als Vertreter von Pro Bahn bin ich übrigens Mitglied des Lärmbeirates der Stadt Essen, der den Prozess der Lärminderungsplanung beratend begleitet. Wer mir in dieser Funktion Hinweise geben möchte, erreicht mich unter: Helmar.Pless@gruene-essen.de

Dabei muss aus meiner Sicht jedoch kritisch angemerkt werden, dass infolge der Lärmerechnungsvorschriften des Bundes und der vom Land NRW vorgegebenen Auslöseschwellen der Fokus allein auf Straßen- und Schienenlärm gelegt wird. Der Fluglärm, der für weite Teile des Essener Südens und Westens ein gravierendes Problem darstellt, wird dabei sträflich vernachlässigt. Bei den Berechnungsvorschriften wird lediglich auf den Mittelungspegel über mehrere Stunden abgestellt. Die Menschen werden aber nicht durch einen (theoretischen) durchschnittlichen Lärm, sondern durch konkrete einzelne laute Überflüge insbesondere in den späten Abendstunden massiv gestört oder geweckt. Diese Einzelschallereignisse werden aber bei einer Berechnung des Nachtpegels zwischen 22 und 6 Uhr einfach weggerechnet. Deshalb sollten möglichst viele Menschen die Gelegenheit nutzen, bis zum 13. Dezember auch Vorschläge zur Reduzierung des Fluglärms zu machen (z.B. eine aktivere Rolle der Stadt in der Fluglärmkommission zum Flughafen Düsseldorf, striktes Nachtflugverbot, scharfe Überwachung und Sanktionierung nächtlicher Verspätungen, mehr Lärmmessstationen in Essen, Schließung des Flughafens Essen/Mülheim, Verhinderung weiterer Düsenflüge an diesem Flughafen).

Unter folgendem Link kann man sich an der Online-Befragung der Stadt Essen beteiligen: www.essen-soll-leiser-werden.de

E-Mail: info-laermminderungsplanung@umweltamt.essen.de

Kooperationsvertrag SPD und GRÜNE Essen-West ist unterzeichnet

Die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Essen-West (BV III) haben nach einem Vorlauf von einigen Wochen Abstimmungszeit (die Ferien lagen dazwischen) ohne große Probleme eine gemeinsame Grundlage der bezirklichen Arbeit für die kommenden fünf Jahre gelegt.

Inhalt der Vereinbarung sind Themen wie Sport, Verkehr, Klima, Umwelt, Grünes, Schule, Kinder, Jugend, Soziales, Organisations- und Personalfragen. Den Auftakt der Verhandlungen bildete eine Runde mit Bezirksbürgermeister Klaus Persch (SPD), Fraktionsvorsitzenden Rainer Pflugrad (SPD), Ratsherr aus dem Essener Westen Udo Karnath (SPD), Fraktionsvorsitzende der Grünen Silva Buttke und Doris Eisenmenger (Grüne). Nach dreistündigem Gespräch war man sich über die Inhalte einig. Die Fraktionsvorsitzenden verfestigten die Absprache durch Rückkopplung mit den Fraktionsmitgliedern und so wurde am Montag, 26. Oktober 2009 der abgestimmte Vertrag unterzeichnet.

Insbesondere bei folgenden Vertragsvereinbarungen hoffen SPD und GRÜNE, dass sie Erfolge und Verbesserungen in den nächsten Jahren erzielen können:

- Sportanlage Serlostraße: man will die Instandsetzung der Halle und Erhalt der Anlage erreichen;
- ein Routenkonzept im Bezirk III für Schwerlastverkehr soll von Lärm und Abgasen entlasten;
- eine bessere Erreichbarkeit von Fahrrad- und Wanderwegen aus den Stadtteilen des Bezirks wird angestrebt;
- um die Parksituation zu entschärfen, soll das Anwohner-Parken mit einem Parkraumkonzept vorangetrieben werden;
- für Hunde-Auslauf sollen weitere Hundewiesen ausgewiesen werden (zur Zeit gibt es im ganzen Bezirk nur zwei Hundewiesen: am Thiesbürgerweg und Wüstenhöferstraße);
- auf eine konsequente Umsetzung der Baumschutzordnung wird geachtet werden (hier gab es in der Vergangenheit Unstimmigkeiten mit dem Kleingartenverband);
- man will im Rat der Stadt den Standort Raadter Straße für die Grundschule Haarzopf einfordern;
- wenn am Holsterhauser Platz neue Gebäude entstehen (das ehemalige Berufskolleg ist bereits leergezogen) wollen SPD und Grüne dort die Einrichtung von zusätzlichen Jugendräumen für den Bezirk erwirken;
- Schulklassen sollen gezielt in die ‚Aktuelle Viertelstunde‘ der Bezirksvertretungssitzungen eingeladen werden, um den frühen, praktischen Kontakt der Kinder zu Politikerinnen und Politikern zu fördern und Politik lebensnah werden zu lassen;
- für Schulen und KITA's sollen nach dem Willen der SPD und Grünen künftig aus BV-Mitteln Gelder bereitgestellt werden, um z. B. Schulbücher, Klassenfahrten, Schulessen, gesunde Ernährung und Integrationsprojekte für Kinder zu ermöglichen;
- auch den Gedanken der Erweiterung der Stadtbezirksgrenze bis zum Berthold-Beitz-Boulevard, der bereits seit Jahren in der Bezirksvertretung verfolgt wird, will man nochmals und erneut aufgreifen.

Beide Parteien sind zuversichtlich, dass ihnen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger auch eine gute Zusammenarbeit mit den weiteren im Bezirk vertretenen Parteien gelingen wird, die sie ausdrücklich mit einbeziehen möchten. Zur Wahl der Bezirksbürgermeister und -vertreter/-vertreterin hatte man schon eine gemeinsame Liste der SPD, CDU und Grünen verabredet – Bezirksbürgermeister ist Klaus Persch (SPD), Stellvertreter Rolf-Dieter Liebeskind (CDU) und Stellvertreterin Doris Eisenmenger. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass gerade durch eine breite Aufstellung bei Sachthemen Erfolge erreicht worden sind. Die drei stärksten Parteien haben je eine/n Kinderbeauftragte/n gestellt, so dass jetzt Lydia Sommer (SPD), Susanne Groppe (CDU) und Matthias Friedrich (Grüne) die viele

Arbeit im Kinder- und Jugendbereich unterstützen werden. Auch die Kulturbeauftragte Ute Werner wurde parteiübergreifend von der großen Mehrheit der Bezirksvertreter und Bezirksvertreterinnen gewählt. Horst Krämer (SPD) wird sich weiter wie bisher für die BV III mit Seniorenthemen einsetzen, neu ist Michah Weissinger (Grüne) als Fahrradbeauftragter.

„Wir gehen davon aus, dass wir die nächsten fünf Jahre gute Ergebnisse für unseren Bezirk erzielen werden“, so Rainer Pflugrad, Fraktionsvorsitzender der SPD-BV III. „Und es wird uns trotz schwindender Finanzen gelingen müssen, besser auf die bezirklichen Strukturen ein zu gehen“, so Silva Buttke, Fraktionssprecherin der Grünen Essen-West

Kein weiterer Ausbau der Bamlerstraße!

Die GRÜNEN bedauern, dass ein entsprechender Antrag in der BV V noch keine Mehrheit finden konnte. Der geplante vierspurige Ausbau der ansonsten überdimensionierten Bamlerstraße zwischen Bottroper Str. und Feilenstraße samt Abriss des vorhandenen Brückenbauwerks ist aber aus umweltpolitischen wie auch finanziellen Gründen abzulehnen. „Baumaßnahmen, die dazu führen, dass noch zusätzliche Verkehre auf das am stärksten von Luft- und Lärmemissionen belastete Teilstück der Gladbecker Straße geleitet werden, können nicht im Interesse der Altenessener Bürgerinnen und Bürger sein. Der Ausbau ist deshalb überflüssig – hier kann Geld gespart werden,“ erklärt Joachim Drell, Bezirksvertreter in der BV V. Unvermeidliche PKW- und LKW-Verkehre, die noch nicht durch den ÖPNV-Ausbau beherrschbar sind, müssen auf die - erheblich Anwohner ärmere - Bottroper Straße gelenkt werden.

Wenn jetzt überraschend schnell und kostengünstig der 2. Bauabschnitts des Berthold-Beitz-Boulevards bis zur Bottroper Straße gebaut werden kann, ist das eigentlich ein schöner Erfolg der Essener Planungs- und Bauverwaltung. Den künftigen Verkehrsströmen aus dem Berthold-Beitz-Boulevard darf aber nicht erlaubt werden, ungebremst durch die Bamler Straße zu fließen, um damit die Gladbecker noch weiter zu verstopfen. Bisher existiert mit dem 2-spurigen Flaschenhals am Brückenbauwerk der früheren Kruppschen Ringbahn eine effektive Verkehrsbremse. Die dort sonst zu erwartende Verdoppelung der Verkehrsmenge wird die vorhandene Umweltbelastung deutlich erhöhen. Schon jetzt liegen im betroffenen Wohngebiet sowohl Feinstaubwerte wie auch Lärmemissionen nur kurz unter noch erlaubten Grenzwerten.

Auch ist den Naturschutzverbänden zuzustimmen, wenn sie die bestehende Eisenbahnbrücke als wichtiges Verbindungsstück für den auf dieser Trasse vorgesehenen Radweg vom Essener Norden in die westlichen Stadtteile hervorheben.

Immerhin war sich die BV-Versammlung mehrheitlich einig, dass die drohenden erheblichen Verkehrsmehrbelastungen für Altenessen und Vogelheim bei der Straßenplanung bisher nicht ausreichend berücksichtigt wurden.



Premiere in der Bezirksvertretung I

Gönül Eglence (GRÜNE) wurde überraschend stellvertretende Bezirksbürgermeisterin im Bezirk I (Stadtmitte-Huttrop). Damit ist sie die erste türkeistämmige Frau in dieser Position in unserer Stadt. Die Wahl kam überraschend zu Stande. Auf der rot-grünen Wahlliste war sie nur als zweite Stellvertreterin vorgesehen. Aber Uneinigkeit in der SPD-Fraktion führten zum Rücktritt des vor ihr platzierten SPD-Kandidaten.

Gönül Eglence ist 30 Jahre und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Uni Duisburg-Essen. Ihre Schwerpunkthemen sind die Bildungs- und die Sozialpolitik.

Für GRÜNE ist sie neben Ratsmitglied Burak Copur ein Aushängeschild für unsere Integrationspolitik.

GRÜNE in der Bezirksvertretung V künftig durch Joachim Drell vertreten

Schneller als ursprünglich geplant, findet jetzt ein Wechsel des GRÜNEN Mandats in der Bezirksvertretung V für Altenessen, Karnap und Vogelheim statt. Wegen eines Formfehlers wird aller Voraussicht nach künftig Joachim Drell als Bezirksvertreter die Nachfolge von Walter Wandtke antreten.

Joachim Drell ist nicht nur seit vielen Jahren Kreisgeschäftsführer der Essener GRÜNEN, sondern auch schon lange Altenessener Sprecher der Bürgerinitiative „Stoppt A52“, die den Weiterbau dieser Autobahn durch den Essener Norden verhindern will.

Walter Wandtke wird der politischen Arbeit der Essener GRÜNEN mit anderen Aktivitäten erhalten bleiben.

Einladung zum Neujahrsempfang

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN möchten das Neue Jahr mit einem angenehmen Treffen eröffnen. Dazu laden wir Sie am

Sonntag, den 24. Januar 2010

von 11.00 bis ca.14.00 Uhr in die Lichtburg, Blauer Salon, Kettwiger Straße ein.



Das Neue Jahr ist da – und es wirft gewaltige Schatten voraus: Wir freuen uns auf die Kulturhauptstadt! Nach dem für GRÜNE erfolgreichem Superwahljahr folgt im Mai die Landtagswahl. Wir wollen eine Neuauflage von schwarz-gelb verhindern. Dafür brauchen wir starke GRÜNE und geeignete Partner. Wir arbeiten dran! GRÜNE wollen gestalten und verändern. Dazu haben wir das geeignete Personal. Sylvia Löhrmann und

Mehrdad Mostofizadeh werden in der nächsten Landtagsfraktion dazu gehören.

GRÜN können nur wir!

Vor diesem Hintergrund freuen wir uns besonders, als Gastrednerin die Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidatin der GRÜNEN NRW **Sylvia Löhrmann**, geborene Essenerin, begrüßen zu dürfen.

Kai's Post aus Berlin

In seinem aktuellen Brief aus Berlin geht unser Bundestagsabgeordneter Kai Gehring auf den bundesweiten Bildungsstreik, das für die Kommunen verheerend wirkende „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ der schwarz-gelben Bundesregierung und die Verlängerung des ISAF-Mandats für Afghanistan ein. Viel Spaß bei der Lektüre:

Post aus Berlin - Dezember 09

Liebe Freundinnen und Freunde,

die letzten Wochen eines überaus erfolgreichen grünen Jahres sind angebrochen. Kurz vor Weihnachten ist es um die für diese Jahreszeit eigentlich typische Besinnlichkeit aber schlecht bestellt. Im ganzen Land protestieren engagierte Studis zu Recht gegen unhaltbare Studienbedingungen, eine verpatzte Bolognaform und immer höhere Zugangshürden vor den Hörsälen. Hinzu gesellt sich eine schwarz-gelbe Regierung, die einen nie dagewesenen Fehlstart hinlegt – von dem schnellsten Ministerrücktritt aller Zeiten bis hin zu rebellierenden Landesfürsten, die die kommunalfeindliche Steuersenkungssuppe von Köchin Merkel und Hilfskoch Westerwelle nicht auslöffeln wollen. Die Jung-Affäre um Bombardierung zweier Tanklastzüge in Afghanistan ist nicht beendet, zu viele Fragen noch nicht beantwortet. Daher fordern wir einen Untersuchungsausschuss, der die tragischen Vorgänge lückenlos aufklärt – was wussten Merkel und Guttenberg?

Bildungsstreik 2009 – Bundesweite Studierendenproteste für eine bessere Hochschulpolitik

Seit gut vier Wochen protestieren von Konstanz bis Rostock die Studierenden gegen eine ökonomisch fixierte Hochschulpolitik, die Freiräume raubt und selbständiges Lernen einschränkt. Die Mängelliste an den Unis im Lande ist lang, der daraus resultierende Protest gerechtfertigt: Auch der zweite bundesweite Bildungsstreik in diesem Jahr hat meine Unterstützung! Es ist ein starkes Signal und ein Gewinn für unsere Gesellschaft, wenn SchülerInnen und Studierende für gleiche Bildungschancen und bessere Studienbedingungen protestieren! Ministerin Schavan, die noch im Juni die Forderungen der protestierenden Studierenden als "gestrig" abgekanzelt, bekundet mittlerweile Solidarität. Die Schüler und Studierenden wollen aber keine Lippenbekenntnisse oder Beschwichtigungen, sie erwarten unverzüglich konkrete Maßnahmen und spürbare Ergebnisse in den Klassenzimmern und Hörsälen! Als Hochschulpolitiker habe ich mich vor Ort über die Proteste informiert und daran beteiligt. Als Reaktion auf den Bildungsstreik fanden zwei Aktuelle Stunden im Bundestag statt. Wichtig ist jetzt der intensive Dialog mit den Studierenden und SchülerInnen – unverhältnismäßige Hörsaal-Räumungen wie zuletzt in Frankfurt oder Einkesselung von SchülerInnen wie in Essen sind nicht akzeptabel

Meine Reden aus den Aktuellen Stunden lassen sich [hier](#) und [hier](#) nachlesen.

Meine Pressearbeit ist [hier](#), [hier](#) und [hier](#) zu finden.

Mein [Statement bei ruhrbarone.de](#) zur Einkesselung in Essen.

Wachstumsbeschleunigungsgesetz bremst Länder und Kommunen aus!

Wir haben es alle noch im Ohr, das Steuersenkungs-Mantra der schwarz-gelben Wahlkämpfer: Steuern runter = Wachstum rauf! Das heute vom Bundestag beschlossene Gesetz wird das Wachstum aber nicht beschleunigen, es handelt sich lediglich um eine dreiste Klientelbeglückung durch Steuergeschenken. Der Bundeshaushalt 2010 wird inklusive seiner

Schattenhaushalte mehr als 100 Mrd. Euro neue Schulden machen. Jetzt sollen noch einmal über 8,5 Mrd. Schulden durch Steuergeschenke an Besserverdienende, Hoteliers und Erben dazu kommen. Das ist kein Wachstumsbeschleunigungsgesetz, sondern ein Schuldenmaximierungsgesetz, das künftige

Generationen ausbaden müssen. Außerdem entzieht das Gesetz Ländern und Gemeinden Einnahmen, die sie dringend für Investitionen brauchen. Allein die Stadt Essen muss mit mindestens 12 Millionen Euro Mindereinnahmen rechnen – für eine Nothaushaltskommune ist das definitiv nicht zu schultern. Es ist schäbig und unanständig, wie Union und FDP mit Kindergeld und Kinderfreibetrag umgehen. Sie erhöhen das Kindergeld um 20 Euro und heben den Kinderfreibetrag von 6024 auf 7008 Euro an. Spitzenverdiener bekommen so für Ihre Kinder 440 Euro mehr pro Jahr, Normalverdiener 240 Euro. Familien, die im Arbeitslosengeld II sind, gehen komplett leer aus, weil das Kindergeld auf das ALG II angerechnet wird. Wer viel hat, bekommt am meisten; wer ganz wenig hat, nichts. Letzteres betrifft 1,8 Millionen Kinder unter 15 Jahren. Das ist angesichts der bestehenden Kinderarmut skandalös ungerecht. Überflüssig ist auch das Steuergeschenk an die Hotellerie. Ab Januar soll für Hotels und Pensionen der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gelten. Das kostet mehr als eine Milliarde Euro, die anderswo dringend gebraucht werden. Die Übernachtung wird jetzt mit 7% Mehrwertsteuer berechnet, das Frühstücksei aber weiterhin mit 19%. Absurd und peinlich.

Meine Pressemitteilung dazu befindet sich [hier](#).

ISAF-Mandat – Die Position der Grünen Bundestagsfraktion

Am Donnerstag (3.12.) wurde das ISAF-Mandat für Afghanistan um weitere 12 Monate verlängert – obwohl es in wenigen Monaten womöglich überholt sein wird. Die Bundesregierung hat – entgegen der eigenen Ankündigungen - dem Bundestag kein verbindliches zivil-militärisches Mandat und Gesamtkonzept vorgelegt, das erkennen lässt, wie der Afghanistan-Einsatz in absehbarer Zeit erfolgreich beendet werden kann. Nach wie vor hat keine Evaluierung und Bilanzierung des bisherigen Afghanistanengagements stattgefunden. Um meine Kritik an der unzureichenden Strategie Bundesregierung mit einem Signal an die afghanische Bevölkerung gegen einen Sofortabzug zu verbinden, habe ich mich bei der ISAF-Abstimmung enthalten. Bei der Verlängerung des OEF (Operation Enduring Freedom) habe ich mit Nein votiert.

Die Gesamtfraktion hat beim schwierigen Abwägungsprozess zu ISAF wie folgt namentlich abgestimmt: Ja 8, Nein 19, Enthaltung 41.

Kai Gehring/MdB

Unseren grünen Entschließungsantrag zur ISAF-Abstimmung findet ihr [hier](#).